



Die „roten Blöcke“ des Einweisungsgebiets für Wohnungslose in der Bayreuther Straße sollen abgerissen und neu gebaut werden.

BILD: THOMAS TRÖSTER

Soziales: Neues Konzept soll Bewohner von Einweisungsgebieten resozialisieren / Ausschüsse billigen Um- und Neubau der Unterkünfte

Zurück in die eigene Wohnung

Von Julian Eistetter
und Thomas Schrott

Ludwigshafen. Mit einem neuen Sozialkonzept will die Stadt Ludwigshafen Menschen aus den Einweisungsgebieten für Obdachlose in der Bayreuther- und der Kropsburgstraße wieder in eigene Wohnungen bringen. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung haben die Verwaltung, die Wohnungsbau-Gesellschaft GAG und das Evangelische Diakoniewerk ZOAR am Montag unterzeichnet. Dieses sogenannte Dezentralisierungsmodell sei eine von mehreren Säulen, mit denen die Hilfen für Wohnungslose schrittweise angepasst werden sollen, sagte Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD). Hintergrund ist ein Prüfantrag von SPD und CDU im Stadtrat, der auf eine Verbesserung der Situation in den Einweisungsgebieten abziele.

Stadt mietet Appartements an

Nach Steegs Angaben geraten Menschen aus vielerlei Gründen in die Obdachlosigkeit und landen in den Einweisungsgebieten, „auch wenn sie dort nicht hingehören“. In den Unterkünften gebe es eine große Menge verschiedener Schicksale. Ziel des Dezentralisierungskonzeptes sei es nun, Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf dahingehend zu begleiten, dass sie wieder in ihren eigenen vier Wänden im Stadtgebiet leben können. „Dazu brauchen wir jemanden, der bereit ist, diesen Menschen Wohnungen

zu überlassen“, so Steeg. Und an diesem Punkt kommt die GAG ins Spiel.

„Es ist vorgesehen, dass die Stadt für die Betroffenen zunächst für zwei Jahre eine Wohnung der GAG anmietet“, berichtete Steeg. Dabei werden die Menschen von Mitarbeitern des Evangelischen Diakoniewerks ZOAR begleitet. Perspektivisch sollen sie dann ein eigenes Mietverhältnis abschließen. „Das kann aber nicht von heute auf morgen gehen“, so Steeg. Nach den ersten zwei Jahren sei deshalb auch eine Verlängerung der Mietübernahme möglich.

„Uns war es sehr wichtig, dass wir nicht das Mietausfallrisiko tragen“, sagte GAG-Vorstand Wolfgang van Vliet. Denn als Immobilienunternehmen müsse die GAG sowohl ihren Bestand erhalten als auch neue Wohnungen bauen – und dafür das Geld erwirtschaften. „Da sind wir natürlich nicht an Mietern interessiert, die uns Ärger machen“, so van Vliet. Mit der intensiven Betreuung der Betroffenen habe man jedoch gerne in die Vereinbarung eingewilligt. Die Menschen sollen sowohl in neuen als auch in Bestandswohnungen der GAG untergebracht werden. Und wenn ein Mieter in stabilen Verhältnissen lebe, sei man auch bereit, schon früher als nach Ablauf der zwei Jahre einen Anschlussvertrag mit diesem abzuschließen.

Zur Umsetzung des Konzeptes werden bei der Stadt zweieinhalb neue Stellen geschaffen. Und auch ZOAR plant mit zwei neuen Mitarbeitern, wie Vorstand Peter Kaiser

Einweisungsgebiete

■ Die Stadt hat **zwei Einweisungsgebiete** für wohnungslose Menschen in der Bayreuther- und Kropsburgstraße eingerichtet.

■ Laut Verwaltung leben dort derzeit insgesamt **508 Menschen**.

■ Eine **soziale Betreuung** besonders in Mundenheim erfolgt teilweise durch die ökumenische Fördergemeinschaft.

■ Für **bessere Verhältnisse** setzt sich unter anderem das **Aktionsbündnis Wohnen Ludwigshafen** ein, dem unter anderem die Caritas und evangelische Kirche angehören.

berichtet. Diese sollen den Menschen etwa bei Behördengängen, der Jobsuche oder der Behandlung von psychischen Problemen helfen.

Eine spezielle Zielgruppe ist für das Programm nicht vorgesehen. „Das wird sich in den Gesprächen mit den Betroffenen ergeben“, sagte Steeg. Auch zur Anzahl der möglichen Teilnehmer konnte sie nichts konkretes sagen. Da in den kommenden Jahren jedoch von zwei Einweisungsgebieten nur eines bestehen bleiben soll, bestehe Notwendigkeit.

Verbunden ist das sozialpädagogische Konzept nämlich mit baulichen Verbesserungen. Die Verwaltung will die „roten Blöcke“ in der Bayreuther Straße aus dem Jahr 1957 mit 85 Wohneinheiten abreißen, da

die Gebäude auch wegen des Wohnungszuschnittes wirtschaftlich nicht sanierbar seien, so Bereichsleiter Rainer Bernhard. Die Neubauten sollen mit 150 Wohneinheiten deutlich mehr Unterkünfte bieten. Die Standardwohneinheit für eine Einzelperson soll zwölf Quadratmeter groß sein inklusive Sanitärzelle. Gemeinschaftsduschen sollen indes künftig wegfallen.

17 Millionen Euro für Umbau

Die „weißen Blöcke“ mit 93 Wohnungen will die Verwaltung umfassend sanieren, auch in puncto Dächer, Fenster und Haustechnik. Generell soll das Augenmerk auf verschleißarmen und austauschbaren Materialien liegen. Die Kosten schätzt Bernhard auf rund 17 Millionen Euro. In diesem Betrag seien aber keine Preissteigerungen einkalkuliert. Die baulichen Maßnahmen sollen 2023 beginnen.

Nach langer Debatte billigten der Bau- und Grundstücks- sowie der Sozialausschuss in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig die Planung. David Guthier (SPD) und Peter Uebel (CDU) lobten die präventiven Aspekte. Hans-Uwe Daumann (Grüne) mahnte eine baldige Einbeziehung der Bewohner an. Raik Dreher (Grünes Forum und Piraten) verlangte indes, dass die bauliche Sanierung früher beginnen soll. Das forderte auch Friedrike Rüd (Linke), denn in den Einweisungsgebieten sei „der Mindeststandard menschlichen Wohnens nicht erreicht“.